



09.07.2025 – IKEM Forum Wärmewende

Zwischen Ankündigung und Umsetzung: Wärmepolitik nach dem Regierungswechsel

Ort: IKEM e.V., Alte Jakobstr. 85-86, 10179 Berlin

Begrüßung: **Jana Eschweiler** (IKEM)

Podium: **Thomas Bareiß**, MdB (CDU/CSU)
Dr. Alaa Alhamwi, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen)
Florian Zerzawy (FöS)
Dr. Cezara Missing (Viessmann Climate Solutions)

Moderation/
Zusammenfassung: **Manfred Greis** (IKEM Beirat)

Ausgangssituation

Im Jahr 1990 hat Deutschland ca. 1 Mrd. Tonnen CO₂ emittiert. Bis 2024 wurden die Emissionen um etwa 35 Prozent auf rund 650 Mio. Tonnen reduziert. Gemäß den politischen Zielen ist allerdings bis 2030 eine weitere Reduzierung auf 438 Mio. Tonnen erforderlich, und bis 2045 will Deutschland klimaneutral sein. Das heißt, die Reduktion um 350 Tonnen brauchte 35 Jahre (Durchschnitt 10t/a), für die restlichen 650 Tonnen stehen aber nur noch 20 Jahre zur Verfügung (D. 32,5t/a).

Auf den Gebäudebereich, im Wesentlichen also den Wärmemarkt, entfallen von den 650 Tonnen mit 100 Tonnen ungefähr 15 Prozent. In seinem Rekordjahr 2023 erzielte der Wärmemarkt eine Einsparung von 3 Mio. Tonnen CO₂.

Der weitere Weg zur Klimaneutralität wird nicht einfach sein.

Vor diesem Hintergrund bedarf der notwendige Wandel hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung klarer politischer Signale, verlässlicher Rahmenbedingungen und einer ausgewogenen Ausgestaltung. Vor allem ist Stetigkeit gefragt, um den Akteuren ein Mindestmaß an Investitionssicherheit zu gewährleisten.

Die neue Bundesregierung steht vor großen Herausforderungen. Nach der Aufregung um das Gebäudeenergiegesetz wurde im Koalitionsvertrag eine Reform angekündigt. Zahlreiche Fragen sind offen. Etwa zu den Ambitionen beim Klimaschutz, zur künftigen Rolle erneuerbarer Energien, zu möglichen technischen Innovationen und zu den Anforderungen an Bestandsgebäude. Nicht zuletzt muss vermieden werden, dass die kommunale Wärmeplanung zu Attentismus in Gebieten führt, die nicht an die Nah- bzw. Fernwärmeversorgung angeschlossen werden.



Diskussion

Nach Vorstellung der Podiumsteilnehmer ging es in der Diskussion zunächst darum, ob die bestehenden Klimaziele überhaupt noch realistisch sind. Dies wurde von allen Teilnehmern bejaht. Eine Anpassung der Ziele wird nicht für erforderlich gehalten, wenngleich zu ihrem Erreichen große Anstrengungen notwendig sein werden.

Keinesfalls soll es ein Zurück zur Nutzung fossiler Energien in der Wärmeversorgung geben, zumal aufgrund bisheriger Vorgaben auch die Industrie ihre Produktion bereits weitestgehend von Heizkesseln auf Wärmepumpen umgestellt hat. Ein Vorschlag, Effizienzpotenziale schnell zu heben, indem alte, ineffiziente Öl- oder Gasheizungen zeitnah mit modernen, effizienteren Gas-Wärmerzeugern ausgestattet werden, um sie später auf Wärmepumpenbetrieb umzurüsten, wurde zurückgewiesen. Das wäre vor 15 Jahren sinnvoll gewesen – heute bleibt dafür keine Zeit.

Einigkeit bestand darin, dass die Vorgaben zum Einsatz erneuerbarer Energien im GEG nicht wesentlich geändert oder gar aufgehoben werden sollen. Allenfalls hinsichtlich bürokratisch aufwendiger Detailregelungen könne eine Überarbeitung angedacht werden. Offensichtlich ist die politische Diskussion zum GEG noch nicht abgeschlossen. Insofern wurde die Frage, welche Änderungen zu erwarten sind, nicht abschließend beantwortet.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt waren die Kosten für private Verbraucher. Neben der Senkung der Netzentgelte wird auch eine Reduzierung der Stromsteuer – jedenfalls für einzelne Anwendungen wie die Wärmepumpe – für notwendig gehalten, zumal das versprochene Klimageld als Ausgleich für die CO₂-Bepreisung bisher nicht umgesetzt wurde. Darüber hinaus bedarf es einer angemessenen und sozial ausgewogenen Förderung von Investitionen in innovative Heizsysteme. Das derzeitige Förderregime wurde als durchaus akzeptabel anerkannt.

Technische Weiterentwicklungen sind neben der weiteren Steigerung der Energieeffizienz vor allem bei der Integration der Wärmeherzeugung in das Gesamtgebäudesystem zu erwarten. Hierbei wird die Digitalisierung eine große Rolle spielen. Die Industrie erwartet von der Politik klare und auf Dauer verlässliche Rahmenbedingungen sowie eine Reduzierung bürokratischer Anforderungen und zu detaillierter Vorschriften.

In Bezug auf die kommunale Wärmeplanung wurde festgestellt, dass Fern- und Nahwärmekonzepte wie bisher vornehmlich in urbanen Räumen eine Rolle spielen werden. Zur Bestimmung der Rolle von Bioenergie bei der Gebäudebeheizung wäre es sinnvoll, sich mit Potenzialen und Möglichkeiten zu ihrer Hebung näher zu befassen.

Fazit

Die Wärmewende ist technisch machbar und langfristig wirtschaftlich sinnvoll. Aber die Transformation muss politisch unterstützt werden, um erfolgreich zu sein. Die Bundesregierung muss nun schnell Klarheit darüber schaffen, wie es mit dem GEG weitergeht. Und sie muss verbindliche Antworten zur zu erwartenden Heizkostenentwicklung geben. Zum Beispiel: Was wird aus Stromsteuer, Netzentgelten und Fördermaßnahmen? Die derzeitige Unsicherheit sorgt dafür, dass in deutschen Heizungskellern zu wenig passiert. Zum Nachteil für die gemeinsamen Klimaziele, Gesellschaft und Politik.